

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
Hagen
Borstel
Wiemersdorf
Fuhlen-
dorf

RUND UM DEN ROLAND

SPD-Ortsverein und Arbeiterwohlfahrt

Kinderfest in der Graf-Stolberg-Straße

Bad Bramstedt. Am Sonnabend, dem 19.7.1980, zwischen 15.00 und 19.00 Uhr veranstaltet der SPD-Ortsverein in Zusammenarbeit mit der Bad Bramstedter Arbeiterwohlfahrt ein Kinder-Straßen-Fest in der Graf-Stolberg-Straße.

Thema: Die Straße ist für alle da! Die Straße ist ein Lebensraum! Geboten werden: Kinderspiele (auch für die Erwachsenen), Getränkeausschank, Würstchen vom Grill und vor allem Gespräche.

Die Verantwortlichen sind: Hans Ohletz, Graf-Stolberg-Straße 49; Uwe Kersting, Graf-Stolberg-Straße 42; Barbara Szelepusa, Graf-Stolberg-Straße 48. Vorschläge und Anregungen zur Gestaltung, insbesondere aber auch Mithilfe, sind erwünscht.

Bürgerzeitung der SPD

Nr. 2/Juli 1980

Hier wird Geld aus dem Fenster geworfen

Hintergründe zur Standortfrage des Feuerwehrneubaues

Bad Bramstedt. Zwischen den Bad Bramstedter Parteien ist ein Streit um die Frage des Standortes des neuen Feuerwehrgerätehauses entbrannt. Während die CDU, der Magistrat und offenbar auch die Feuerwehr für den jetzigen Platz am Sommerland sind, engagieren sich SPD und F.D.P. für den freien Raum am Klärwerk.

Gänzlich unvorbereitet traf Stadtverwaltung und Feuerwehr die neu entflammte Diskussion um den Standort des Neubaus. Eigentlich hatte man das Projekt schon als einen „Selbstgänger“ betrachtet, und die CDU hatte sogar schon die bevorstehende Grundsteinlegung verkündet. Dabei hatte man die Rechnung aber ohne die Opposition gemacht.

SPD und F.D.P. hatten Bedenken

Im städtischen Bauausschuß monierten die Stadtverordneten Jan-Uwe Schadendorf und Joachim Behm, daß man offiziell erst von dem Projekt höre, wenn es schon als „gelaufen“ gilt.

Beide forderten, man möge doch zumindest einmal überprüfen, ob der Standort am Sommerland der einzig mögliche sei. Man sei in den bisherigen Verlautbarungen mit einer Selbstverständlichkeit von diesem Ort ausgegangen, die durch nichts gerechtfertigt sei. Weder im Ausschuß noch in der Stadtverordnetenversammlung seien hierzu je Beschlüsse gefaßt worden.

Behm unterstrich, daß er nicht einsehen könne, wieso man das jetzige Haus dem dem Neubau opfern wolle. Es befinde sich in einem guten Zustand und sei gerade 25 Jahre

alt.

Schadendorf erklärte sich in der gleichen Richtung. Er betonte, daß das Grundstück am Sommerland von hohem Wohnwert sei. Es könne nicht verstanden werden, wieso dort ein reiner Zweckbau entstehen solle, der eher in ein Gewerbegebiet gehöre.

Billige Energie

Ferner vertrat Schadendorf (wie auch seine Fraktionskollegen) die Meinung, daß das Projekt aus Energieersparnisgründen am besten am Klärwerk anzusiedeln sei. Dort könne man ohne große Probleme das Faulgas für Heizzwecke verwenden und damit im Laufe der Zeit Tausende Mark sparen. Vielleicht sei es sogar möglich, die gesamte Heizungsanlage einzusparen.

Da bei öffentlichen Einrichtungen die Folgekosten von entscheidender Bedeutung seien, spreche dieses Argument eindeutig für den Platz am Klärwerk.

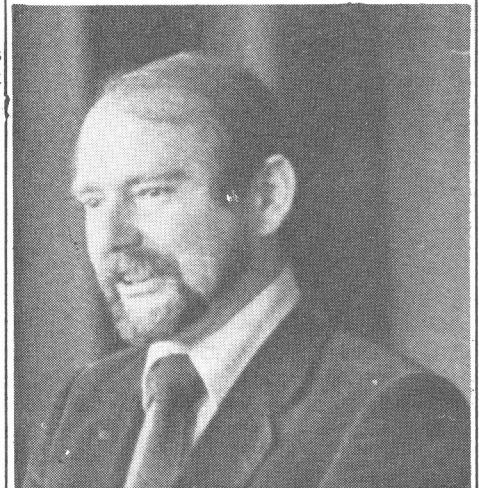
Aus Bequemlichkeit: Sommerland ?

Diese Auffassungen vertraten Schadendorf und Behm so offensiv, daß alle Fraktionen

Fortsetzung Seite 2

Günther Heyenn (MdB) unterwegs

Wahlkampf auch im kleinsten Ort



Bad Bramstedt. Günther Heyenn, seit vier Jahren Bundestagsabgeordneter der SPD für diesen Wahlkreis, bemüht sich intensiv mit allen Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Verbreitungsgebiet des „Rund um den Roland“ absolvierte er gerade am vergangenen Sonntag seinen soundsovielsten Frühschoppen auf dem Lande, diesmal in Hitzhusen. So wie hier im „Forsthaus“, spricht er auch in Hagen, in Großenaspe oder Lentförden. Für Günther Heyenn ist das Gespräch mit dem Bürger wichtig. Er versucht seine Politik verständlich zu machen und ist bereit Anregungen mitzunehmen. Die Gespräche mit den Bürgern sind sozusagen das Wasser in dem er schwimmt. Er hat es nicht nötig, wie sein CDU-Konkurrent, zu jedem x-beliebigen Thema seinen Kommentar abzugeben, den schon hundert andere auch abgegeben haben.

Heyenn sucht den direkten Kontakt. Der Erfolg scheint ihm recht zu geben, denn in aller Regel sind seine Gesprächsrunden gut besucht. Und was das entscheidende dabei ist: Diese Tischrunden sind wechselseitige Gespräche und keine Propagandaveranstaltungen im CDU-Stil.

Bürgernähe äußert sich eben nicht nur in wortreichen Bekundungen, sondern auch in der Art und Weise, wie man Kontakt mit dem Wähler findet.



So ähnlich wird der Feuerwehrneubau in Bad Bramstedt aussehen

Rudolf Wiese

Wiemersdorf. Durch einen Unglücksfall verlor die Familie Wiese ihren Vater und Ehemann und der SPD-Ortsverein Wiemersdorf/Fuhendorf seinen Vorsitzenden.

Rudolf Wiese war erst eine Woche vor seinem Tod in seinem Amt bestätigt worden. Er hat über Jahre hinweg aktiv an der Arbeit des Ortsvereins Bad Bramstedt und der Kommunalpolitik in Wiemersdorf, zuletzt als Gemeindevertreter, teilgenommen. Er war die treibende Kraft als es um die Gründung eines eigenen Ortsvereins für Wiemersdorf ging. Im Jahre 1979 war es soweit: Der Ortsverein Wiemersdorf/Fuhendorf wurde gegründet und Rudolf Wiese sein erster Vorsitzender.

Sein plötzlicher Tod hinterläßt eine große Lücke in der politischen Arbeit der SPD. Der Ortsverein und der Gebietsverband haben der Familie ihre Anteilnahme ausgesprochen.



Dr. March zu autoritär?

Bad Bramstedt. Nahezu unbemerkt von den Bad Bramstedtern wird jenseits der Kreisgrenze eine brisante Auseinandersetzung geführt. Eltern aus Wrist und Kellinghusen wollen durchsetzen, daß ihre Kinder auch nach Itzehoe zum Gymnasium können. Ihnen paßt das Bad Bramstedter nicht. Der Ton, den Dr. March in der Zeit seines Rektorats in diese Schule gebracht hat, wird nicht von allen Eltern als positiv gewertet. Von autoritär über konservativ bis elitär reichen die Bezeichnungen, die die Diskussion bestimmen.

Das Schulklima, das nach Auffassung vieler Eltern durch diese Erziehungsansprüche geprägt wird, gefällt nicht allen. So sucht man den Weg nach Itzehoe; denn daß sich in Bad Bramstedt etwas ändert, glaubt man nicht.

Für Bad Bramstedt kann dies eine sehr kritische Entwicklung werden, denn aus dem Kreis Steinburg kommen viele Schüler nach Bad Bramstedt. Ohne sie würde die Schule erheblich schrumpfen. Daher müssen die Sorgen dieser Eltern ernst genommen werden.

Für Außenstehende ist die Gelegenheit schwer zu beurteilen.

Schon kurz nach seiner Amtseinführung rief Dr. March mit der Äußerung „Arbeiter- und Bauernkinder gehören nicht auf das Gymnasium“ starken Widerspruch in der Schülerschaft hervor.

An diesen Satz fühlt man sich erinnert, wenn man heute die Bedenken der Steinburger Eltern hört. Ist es diese Auffassung, die Dr. March verlockt, dem Bild einer elitären Kaderschule nachzuhängen?

Auch in Bad Bramstedt muß jetzt die Diskussion geführt werden. Im Hintergrund steht ja auch noch die Frage der Übernahme der Schule durch die Stadt. Da fragt sich doch, ob man eine Schule haben will, die einen zweifelhaften Ruf genießt. Sicher wird es auch Eltern geben, die die Erziehungsziele, die jetzt verfolgt werden, unterstützen. Aber ist das die Mehrheit? Sind in unserer Gesellschaft nicht die Kinder von Arbeitern, Bauern und Angestellten in der Mehrheit?

„Auf einmal geht's“

Bad Bramstedt. Auf einmal geht's kann

man nur sagen, wenn man in den letzten Tagen durch die Hamburger Straße gefahren ist. Seit Monaten sind die mehr oder weniger gut erhaltenen Autos an der Westseite der B 4 ein Ärgernis. Jetzt als die Post ihr Erdkabel Richtung Lentföhrden verlegte, war es auf einmal möglich, selbst den großen Lagerplatz am Ende der Straße einmal in einen halbwegs vernünftigen Zustand zu versetzen. Warum war das den Ordnungskräften der Stadt bisher nicht möglich?

Weg mit dem Baum

Bad Bramstedt. Sehr unschön führt sich Kaiser's neues Kaffeegeschäft in Bad Bramstedt ein. Beim Abbruch der Häuser im Butendoor wurde gleich eine der großen Alleen mit umgelegt. Für diese Maßnahme lag weder eine Genehmigung noch eine unbedingte Notwendigkeit vor. Doch nach der Methode „wer viel fragt, bekommt viel Antwort“ wurde lieber erst gesägt und dann das Bedauern ausgedrückt. „Rund um den Roland“ fordert die Stadt auf in dieser Sache energisch nachzuhaken und gegebenenfalls ein Exempel zu statuieren.

Rund um den Roland wird herausgegeben vom Gebietsverband der SPD Bad Bramstedt. Herausgeber i.S.d.P.: Holger Wöhlke, 2351 Hasenkrug. Verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, 2357 Bad Bramstedt. Auflage z.Z. 5.500. Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Feuerwehr

die Angelegenheit noch einmal beraten wollten.

In diese Phase platzte der Magistrat mit einem Beschluß hinein, daß es keine Diskussion mehr über den Standort gebe, es werde am Sommerland gebaut.

Bei dieser Entscheidung scheinen weniger sachliche Erwägungen eine Rolle gespielt zu haben, als vielmehr die Tatsache, daß man das Gelände schon überplant hat und davon (aus Bequemlichkeit?) nicht mehr ab will.

Austritte bei der Feuerwehr?

Während dieser ganzen Diskussion äußerte sich die Feuerwehr nicht öffentlich. Hinter den Kulissen tobt dafür eine heftige Debatte. Wie man hört sollen Feuerwehrleute mit Rück- und Austritt gedroht haben, falls man nicht den Standort Sommerland bekomme. Man ist offenbar nicht mehr damit zufrieden einen 2-Millionen-Neubau zu erhalten. Man will auch noch bestimmen, wohin er soll. Dabei kommt es offenbar auf 200 m Luftlinie zwischen zwei möglichen Bauplätzen entscheidend an.

Dem Druck gewichen

Diesem Druck aus Verwaltung und Feuerwehr scheint die CDU-Fraktion erlegen zu sein. Ohne die Argumente, die für den Standort am Klärwerk sprechen, entkräften zu können, spricht man sich für den jetzigen

Ort aus. Bei den Mehrheitsverhältnissen in Bad Bramstedt ist damit fast alles endgültig. Vorgeschoben wird hauptsächlich das An- und Abfahrtsproblem. Es scheint in Kreisen der CDU wohl nicht vorstellbar, daß man sich mit der Kirche einigen kann, um auch am Klärwerk eine großzügige Zufahrt anzulegen.

Bezeichnend ist, daß die Stadt nicht einmal geprüft hat, wie das geplante Gebäude am Klärwerk unterzubringen wäre. Diese Prüfung hatte die SPD verlangt. Doch statt einer Auskunft kam die abspeisende Antwort, daß das nicht notwendig sei, weil man ja (laut Magistrat) da soundso nicht bauen wolle.

Der Bürger zahlt die Zeche

Wie immer geht diese Entscheidung zu Lasten der Bad Bramstedter Bürger.

Ein wertvolles Wohngrundstück mit einem erhaltungsfähigem Gebäude wird geopfert. Die Frage einer billigen Energieversorgung wird außer Acht gelassen.

Zusammengenommen sind dies Hunderttausende Mark, die für eine Entscheidung verschleudert werden, deren Vorteile nicht erkennbar sind.

Stadtverordneter Schadendorf dazu: „Hier wird Geld ausgegeben, daß die Stadt nicht hat. Wir haben als SPD nicht eine Erhöhung der kommunalen Steuern durchgesetzt, damit das Geld auf der anderen Seite weggeworfen wird. Auch scheint sich die Feuerwehr nicht darüber im Klaren zu sein, daß mit den eingesparten Mitteln z.B. zeitgemäße Fahrzeuge beschafft werden könnten.“

Besorgnis in der SPD

Mit Besorgnis sieht man in der SPD den Weg, der hier von CDU und Bürgermeister eingeschlagen wird. Die Glaubwürdigkeit des Sparwillens der Stadt wird unterhöhlt. Planerische Bequemlichkeit und Opportunismus scheinen die Gründe für diesen Weg zu sein.

Über die Sache selbst ist jedenfalls kaum noch gesprochen worden, was eigentlich durch den Einsatz von Schadendorf und Behm erreicht werden sollte.

Wieder einmal scheint auf dem Wege einer CDU-Pressemitteilung eine Mehrheitsentscheidung in dieser Stadt gefällt zu werden. Doch die SPD ist nicht bereit, diesen Weg widerstandslos zu beschreiten.



leserbriele



Jan-Uwe Schadendorf
Butendoor 11
2357 Bad Bramstedt

Denkmalschutz gefordert SPD-Fraktion schreibt nach Kiel

Bad Bramstedt. In einem Brief an das Landesamt für Denkmalspflege hat die Bramstedter SPD-Fraktion die Unterschutzstellung mehrerer Bad Bramstedter Gebäude gefordert. Die SPD folgt damit ihrem Versprechen, sich in dieser Sache weiter aktiv einzusetzen.

Wie im letzten „Rund um den Roland“ und zwischenzeitlich auch in der örtlichen Presse berichtet, wollen SPD-Fraktion und Vorstand, daß die Häuser Maienbeeck 25 und Landweg 16 (Bauten mit „Utlucht“), und das Rathaus samt vorstehender Baumreihe unter Denkmalschutz gestellt werden. Ferner verlangt die SPD den Ensembleschutz für die Häuser „Im Winkel“.

Die SPD beschreitet damit den ihr „zweitliebsten Weg“, wie Fraktionsvorsitzender Binzus meinte. Am liebsten hätte die SPD den Schutz dieser Gebäude durch eine gemeinsame Resolution der drei Bad Bramstedter Parteien verlangt.

Wie sich jedoch in den Gesprächen zur städtebaulichen Rahmenplanung zeigte wird die Auffassung der SPD nicht von der CDU und der F.D.P. geteilt. Diese beiden Parteien sind nicht bereit in dieser Hinsicht aktiv zu werden.

Sie vertreten vielmehr die passive Form Schützens. Das soll heißen; sie wollen auf warten, daß sich das Denkmalsamt von selbst rührt.

Die Sozialdemokraten haben für diese Position kein Verständnis. Angesichts der vielen in Schleswig-Holstein noch zu schützenden Gebäude besteht bei diesem Vorgehen - wenn man es so nennen kann - das Risiko, daß die Gebäude vernichtet sind, bevor sie mit der Unterschutzstellung an der Reihe sind.

Daher muß nach Auffassung der SPD ein

aktives Eintreten erfolgen und das Denkmalsamt immer wieder aufmerksam gemacht werden.

Als einen ersten Schritt in diese Richtung sieht die SPD den Brief nach Kiel an.

Wedde contra CDU

Bad Bramstedt. Ein tiefer Riß scheint zwischen Bürgermeister Wedde und „seiner Fraktion der CDU entstanden zu sein.“

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte der CDU-Chef Bornhöft, daß Bürgermeister Wedde nicht mehr an den Sitzungen der CDU-Fraktion teilnimmt. Wedde bestätigte dies ausdrücklich.

Nach der Sitzung war von einem CDU-Stadtverordneten zu vernehmen, daß man auf die Anwesenheit des Bürgermeisters nicht ungeteilt Wert lege.

Damit scheint sich zu bewahrheiten, was schon seit Wochen gerüchtweise im Umlauf ist: Weddes Positionen in einzelnen Sachfragen stoßen in seiner eigenen Partei auf entschiedene Ablehnung. Noch schwerwiegender scheint für die CDU-Vertreter jedoch die Tatsache, daß der Bürgermeister selten bereit ist, sich dem Druck der Partei zu beugen.

Hier scheinen die nächsten Konflikte bereits vorprogrammiert. So ist es auch zu verstehen, daß sich in einzelnen Punkten die Auffassung des Bürgermeisters mehr mit der „Opposition“ deckt denn mit der Auffassung der sogenannten Hausmacht.

B 206 - Nordumgehung in Gefahr Fuhlendorf „schießt quer“

Bad Bramstedt/Fuhlendorf. Die Realisierung der Nordumgehung der B 206 scheint ernsthaft gefährdet. Wie in der Presse berichtet wurde, hat die Fuhlendorfer Gemeindevertretung einstimmig beschlossen, die Straße so lange nicht über Gemeindeboden bauen zu lassen, wie man in Bad Bramstedt selbst nichts getan habe.

Wenn diese Position bestehen bleibt, müssen sich die Bad Bramstedter wohl noch für lange Zeit auf die Belastung des Durchgangsverkehrs einstellen. Denn ohne Fuhlendorfer Gelände läßt sich die Straße nicht verwirklichen und eine andere Trasse (z.B. Südumgehung) ist aus Kostengründen und wegen des noch stärkeren Eingriffs in die Landschaft nicht realisierbar. Damit scheint die Frage, ob rund 2 ha Fuhlendorfer Weide in Straße verwandelt werden, zum Dollpunkt für Bad Bramstedt zu werden.

Hier zeigt sich, daß schon vor Jahren Gespräche hätten geführt werden sollen, um solche isolierten Beschlüsse, wie sie jetzt gefallen sind, zu vermeiden. Im Vordergrund der Fuhlendorfer Entscheidung scheint die Auffassung zu stehen, daß Bad Bramstedt erst einmal selbst etwas für die Entflechtung des Verkehrs tun soll. Unter Hinweis auf den Engpaß Beeckerbrücke verlangt man offenbar weitere Überführungen über die Auen.

Diese Auffassung kann man teilweise verstehen; nicht umsonst ist seit geraumer Zeit von der sogenannten Osttangente die Rede die Butendoor und Landweg verbinden soll. Der von der Stadt in Auftrag gegebene Generalverkehrsplan wird hierzu Aussagen treffen.

Andererseits übersieht dieses Argument aus Fuhlendorf, daß Bad Bramstedt einen enormen Durchgangsverkehr hat, der sich von der A 7 und der B 4 in Richtung Hitzhusen und Neumünster bewegt. Dieser Verkehrsfluß ist auch durch innerörtliche

Maßnahmen nicht zu bremsen. Die Belästigung der Bramstedter Bürger durch Lärm und Abgase bleibt ohne eine Umgehung erhalten.

Fuhlendorfs Gemeindevertreter sind also gefordert, abzuwägen zwischen ihren teilweise bürokratisch anmutenden Ansprüchen und dem anerkannten Recht der Bad Bramstedter sich des durchfließenden Verkehrs zu entledigen.

Die politischen Organe Bad Bramstedts, Hitzhusens und Fuhlendorfs sollten sich dringend an einen Tisch setzen und versuchen die Problematik B 206 auf einen Nenner zu bringen. Sonst kann es sein, daß der jahrelange Einsatz für die Nordumgehung ganz plötzlich zum Scheitern verurteilt ist.

PiPaPo - Abbruch?

Bad Bramstedt. Man hört es am Bierstisch: Der Besitzer des PiPaPo, Im Winkel, soll den Abriß des Gebäudes beantragt haben. Wenn dies wahr ist - und derjenige der es sagte, muß es eigentlich wissen - so ist das offenbar der erste Schritt in einer „Salamitaktik“, um den geplanten Supermarkt doch noch durchzusetzen.

Jetzt sind die genehmigenden Stellen gefordert ihren Worten (Erhalt der Gebäude) Taten folgen zulassen (heißt Ablehnung dieses Antrages).

aus:

das da

Wolfgang Röhl: Schonzeit für Strauß

Was, zum Teufel, würde die Linke nur ohne Franz Josef Strauß anfangen? Seit der Bayer sich zum Kandidaten küren ließ, machen seine Anti-Fans Überstunden. Eine Welle von Büchern, Streitschriften, Postern, Buttons und Autoaufklebern gegen den Sonthofen-Strategen schwappet durchs linke Lager.

--- Frage: nützt das was? Antwort: jawohl - denen, die sowas auf die Beine stellen. Strauß ist nämlich das einzige Thema, über das die Linke gegenwärtig reden kann, ohne sich unverzüglich in die Haare zu geraten. Über ihn gibt's keine Grundsatzdebatten. Man muß ihn einfach nicht mögen. Wer gegen ihn ficht, kann schlechterdings nicht schief liegen. Aus sehr verschiedenen Gründen ist Strauß unentbehrlich für die verschiedenen Fraktionen der Linken. Nie war er so wertvoll wie heute.

.... Nützt uns das alles? Natürlich nicht. Weder langweilige Filme noch schlechtgemachte Dokumentationen, weder naive Aufkleber noch pflichtschuldigst entrüstete Versammlungen werden uns vor Strauß bewahren. Dessen Wähler sind dafür ohnehin nicht zu interessieren. Die ganze linke Polit-Onanie dient höchstens dem eigenen Lustgewinn.

Zum Glück ist das nicht weiter tragisch. Strauß selbst sorgt schon dafür, daß er nicht Kanzler wird. Nach allen Prognosen (aus eigenem wie aus gegnerischen Hause) hat er kaum eine Chance. Schmidt gilt allemal als der bessere Krisenlawierer, selbst bei Unions-Anhängern. Schmidt ist eben, wie Jochen Steffen sagen würde, der bessere Strauß. Von ganz allein.

Die SPD und die ihr gewogene Presse haben dies längst erkannt. Nicht ohne Grund halten sie sich im Ton vornehm zurück. SPD-Funktionäre haben die Parole ausgegeben, die Versammlungen des Kandidaten tunlichst zu meiden. Nichts tört Strauß besser an als Krawall. Dabei läuft er erst zu seiner wahren Form auf.

Das brillante Strauß-Psychogramm des „Spiegel“-Reporters Jürgen Leinemann (Heft 14/80) - er schildert ihn als einen Mann, der „mit Höchstgeschwindigkeit auf derselben Stelle tritt“ - sollte zu denken geben. Straußens kleine Helfer - das sind, wie die Dinge gegenwärtig liegen, eben jene Leute, die dem Kandidaten mit Sprechhören wie „Hätt Frau Strauß abgetrieben, wär uns viel erspart geblieben“ die dringend benötigten Stichworte liefern. Was ihm vermutlich auch nicht die Macht bringt. Aber vielleicht ein paar Prozentpunkte mehr.

Wer einen Kanzler Strauß zu fürchten hat, sollte ihm bis zur Wahl sicherheitshalber dies gönnen:

Schonzeit.

Jungsozialisten Bad Bramstedt 10 Jahre alt

Bad Bramstedt. Am 8. Juli 1970 wurde sie auch in Bad Bramstedt aus der Taufe gehoben: Die Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD. In den zehn Jahren ihres Bestehens haben die Jungsozialisten sehr viel in Bewegung gesetzt; Mehr als jede andere politische Jugendgruppe am Ort.

Mehrere Wochen hatte es gedauert bis es zu der Gründungsversammlung kam. Wie der damalige Vorsitzende Stefan Mees erklärte, hätten sich die Junge Union als ein Altherrenzirkel und die Jungdemokraten als ein Oberschülerklüngel herausgestellt.

Zu diesen Gruppen wollten die Jusos eine Alternative bilden. Und sie taten es auch mit Vehemenz. Wenige Wochen nach ihrer Gründung hatten sie schon rund 30 Mitglieder und sorgten für Furore - innerhalb der eigenen Mutterpartei und innerhalb des Ortes. Juso zu sein, wurde auch in Bad Bramstedt ein Begriff; und wenn es auch von einigen als Beschimpfung gemeint war, so war es für die Jusos Grund zum Selbstbewußtsein.

Schon bald sprach man kaum noch von den anderen Jugendgruppen. Die Junge Union tat sich schwer, Ideen zu verbreiten und die Jungdemokraten wechselten teilweise zu den Jusos über.

Im Nachhinein betrachtet sind in jenen Gründungsjahren sicher einige Dinge geschehen, die man heute skeptisch sehen würde, insbesondere für das innerparteiliche Wirken gilt dies.

Unbezweifelbar ist aber, daß die Jusos solange sie existieren für frischen Wind und für politisches Denken gesorgt haben.

Ohne die Jusos hätte es keine Kinderspielplatzinitiative gegeben, die z.B. den Platz in der Schillerstraße als Resultat hat. Ohne die Jusos hätte das Jugendzentrum noch lange auf seine Verwirklichung warten müssen. Bei diesen Sachen haben die Jusos auch nicht nur geredet (was man ihnen ja immer so gern vorhält), sondern sie haben Hand angelegt und aufgebaut.

Natürlich gab es auch bei den Jusos, wie bei allen Jugendgruppen, stärkere und schwächere Phasen. In besten Zeiten hatte man Mitgliederversammlungen mit über 30 Personen und in schwachen Tagen saß man zu sieben da.

Entscheidend ist jedoch, daß es immer wieder den Willen gegeben hat, die Jusoarbeit voranzutreiben. Und so nimmt es nicht Wunder, daß auch heute eine aktive Juso-Gruppe vorhanden ist, die für unbequeme Ideen sorgt. Aber für die Jusos sind sie erfolgreich unbequem, weil sie zu positiven Ergebnissen führen.

Diese Courage haben sich die Jusos trotz wechselnder Zusammensetzungen über Jahre hinweg bewahrt.

Wenn man in die jüngere Vergangenheit blickt, so sind dafür z.B. die Aktion zur Erhaltung der Bäume hinter dem Schloß oder insbesondere das Engagement in Sachen „Winkel“ zu nennen.

Ohne die Jusos hätte sich in beiden Fällen wohl kaum etwas getan; oder besser gesagt es wäre das getan worden, was angeblich unvermeidlich war.

Wieder einmal wurde von den Jusos der Funke geliefert, der die Flamme zum Brennen brachte.

So zeigt die Politik der Jusos über nunmehr zehn Jahre hinweg gute Erfolge.

War es damals Stefan Mees als Vorsitzender, so ist es heute Karin Kallweit, die in dieser Position für den Fortbestand der Arbeitsgemeinschaft und die Tätigkeit verantwortlich zeichnet.

„Rund um den Roland“ wünscht den Jusos weiterhin viel Erfolg.



Europa in der Krise?

Bad Bramstedt. Vor einem kleinen (aufgrund der Fußball-Europameisterschaft) aber sehr engagiertem Kreis sprach der SPD-Abgeordnete im Europaparlament Gerd Walter in Bad Bramstedt.

Walter hob hervor, daß die Agrarpolitik ein besonderes Sorgenkind der EG sei. Wenn hier nicht bald etwas geschehe, müsse man sich allein aufgrund der immensen Kosten des Agrarsystems gezwungen sehen, in anderen Bereichen wie z.B. Sozialpolitik oder Wirtschaftsförderung Abstriche zu machen. In der nachfolgenden Diskussion, die in sehr offener und angenehmer Weise geführt wurde, kam auch das Thema „Politische Einigung Europas“ zur Sprache. Walter betonte dabei, daß er einige Tendenzen zum Rückfall in die Einzelstaatlichkeit sehe. Andererseits habe die EG etwas vollbracht, was seit früher einfach undenkbar gewesen wäre: Kein Mensch könne sich heute vorstellen, daß z.B. Deutschland und Frankreich in einen Krieg miteinander kämen. Dies sei ein enormer Erfolg, wenn man den geschichtlich gesehen kurzen Zeitraum von 30 Jahren als Maß nimmt.

Borstel/Hagen

Bürgermeister hat's nicht nötig

Borstel. Wenn der Bürgermeister sich ein Stück Weg auf Gemeindekosten teeren läßt, heißt das noch lange nicht, daß er dafür zahlen muß. Dies gilt auch dann nicht, wenn das Gemeindeprüfungsamt anderer Ansicht ist. Diese Erfahrung mußte SPD-Vorsitzender Eduard Lühr machen.

In der Gemeindevertretung hatte er nachgefragt, ob der Bürgermeister schon das Geld für die Wegstrecke bezahlt hat, die er sich bei der Teerung des neuen Weges hat mitmachen lassen - auf privatem Land.

Da Lühr sich nicht mit der Antwort zufrieden gab, daß der Bürgermeister es nicht nötig habe zu bezahlen, wurde ihm schließlich Redeverbot erteilt.

Es stinkt

Borstel Jedes Wochenende fuhr einer der Borsteler Bauern Gülle auf die Felder, und zwar in Dorfnähe, so daß auch abgehärtete Nasen von dem Geruch „gut haben“. Bürgermeister Kohn, gefragt, ob er dies für richtig hält, meinte lapidar: Wenn jemand das nicht abkann soll er nicht auf's Dorf ziehen. Sollen also die Bauplätze, die auch Herr Kohn im Dorf gern verkauft haben möchte, nur für Freunde des Güllegeruches dasein. Hier wird doch wohl das Pferd von hinten aufgezäumt.

Bürger dürfen nicht mitreden

Borstel Es soll Kanalisation im Dorf verlegt werden. Eine Tatsache die alle angeht, weil's doch ihren Geldbeutel betrifft. Man sollte also denken, daß man dann auch ein Wort mitreden darf.

Dies gilt natürlich auch für die Frage der Wasserversorgung

Nicht so in Borstel. Diesen Umstand merkte Eduard Lühr vor den Gemeindevertretern.

Hoffentlich besinnt man sich noch und bittet alle Bewohner des Dorfes zu einem Gespräch.

Hitzhusen im Kürze

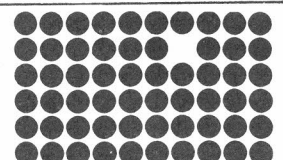
Auf Antrag der SPD-Hitzhusen hat die Gemeinde Hitzhusen die Anschaffung von Ruhebänken beschlossen. Inzwischen sind sie eingetroffen und von Mitgliedern des Senioren-Clubs aufgestellt worden.

Probeweise wurde von einer Privatfirma ein Papier-Container in Hitzhusen aufgestellt. Ob dieses ein Dauerzustand wird, hängt davon ab, ob die Bevölkerung regen Gebrauch von dieser umweltfreundlichen Maßnahme macht.

Die SPD Hitzhusen hatte schon vor zwei Jahren die Aufstellung eines Altpapier-Containers und eines Glas-Containers angeregt.

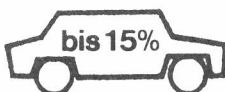
Die Hamburger Gaswerke verlegen zur Zeit eine Transportleitung durch Hitzhusen. Nach schwierigen Verhandlungen hat die Gemeinde Hitzhusen erreicht, daß in diesem Graben ebenfalls eine Wasserleitung für die Gemeinde Hitzhusen verlegt wird. Dies führt zu erheblichen Kosteneinsparungen. Außerdem muß der Fußweg nur einmal aufgebrochen werden.

Ein
Platz
ist
frei
für Sie!



Allianz 

**Wir
zahlen
zurück**



Der Versicherungsschutz für Ihr Auto ist bei der Allianz jetzt noch günstiger. Alle Kunden, die 1979 oder länger in der Auto-Haftpflichtversicherung schadensfrei geblieben sind, bekommen einen Teil des Beitrags - zwischen 5 und 15 Prozent - zurück. Mehr als drei Millionen Allianz-Kunden erhalten insgesamt 120 Millionen DM. Nach der Beitragsenkung im Januar ist dies also ein weiterer guter Grund für eine Autoversicherung bei der Allianz. Wann kommen Sie zur Allianz?

Ihr Fachmann in der Nachbarschaft



Allianz

Generalvertretung
Gerold Möhle
2357 Hitzhusen
Rodenbek 3
Tel.: 0 41 92/38 41

Allianz 

9.7.80

EXTRASEITE FÜR HASENKRUG u. HARDEBEK

Umweltbewusstsein!

S P D Hasenkrug setzt sich für die Beseitigung der Schlammgräben ein.

Ein schlechtes Beispiel für Umweltschutz findet man in der Gemeinde Hardebek. Von einigen Anwohnern an der Kampstr./Neue Straße sind vor einigen Jahren Abwasseranschlüsse an einen Graben (westliche Begrenzung des Hasenkruger Schullandes) gemacht worden. Die dort hineinfließenden Abwässer konnten als sauber angesehen werden. Es hat sich jedoch die Anzahl der Anschließer nach vorsichtigen Schätzungen verdoppelt, mit wessen Genehmigung bleibt noch zu erforschen. Was jetzt in diesen Graben fließt ist eine jauchige, stinkige und undurchsichtige Brühe. Von geklärten Abwässern kann nicht die Rede sein. Einige Hasenkruger Anwohner (mit eigenen biologischen Kläranlagen) können wegen starker Geruchsbelästigung im Sommer nicht mehr auf ihren Terrassen oder im Garten sitzen.

Alle Bemühungen von Seiten der Gemeinde Hasenkrug, für dieses Problem eine Lösung zu finden, stießen in Hardebek auf Granit. Ein Angebot Hasenkrugs an Hardebek die betreffenden Haushaltekönnen sich an die neu errichtete Gemeinschaftskläranlage anschließen, natürlich unter Kostenbeteiligung, wurde abgelehnt.

Kein Umweltbewusstsein oder Gleichgültigkeit ??

Schulgebäude verfällt

Eigentum verpflichtet

Seit Jahren wird am ehemaligen Schulgebäude nichts mehr gemacht.

Das Dach ist an vielen Stellen undicht. Die Dachrinnen sind teilweise heruntergefallen oder so undicht, daß das Wasser an den Wänden herunterläuft und Kurzschlüsse in der total veralterten Elektroanlage verursacht. Teile der Verglasung fehlen, Fensterrahmen haben seit Jahren keine Farbe mehr gesehen. Gesims und Wände fangen an zu zerbröckeln. Von der ehemaligen Bausubstanz ist nicht mehr viel vorhanden.

Dieses war auch ein oft ausgesprochener

Punkt beim Treffen der Schüler der ehemaligen Schule Hasenkrug am 10.5.1980

Wir meinen Eigentum verpflichtet.

Dieses Gebäude war einmal Kulturzentrum und hat es nicht verdient, daß es so verkommt.

Der Weg zur Bauaufsichtsbehörde in Bad Segeberg scheint unumgänglich, wenn die Besitzerin nichts zur Unterhaltung des Gebäudes unternimmt.

Muß man vermuten, daß die alte Schule unbewohnbar gemacht werden soll, um sie abzureißen und das Grundstück anschließend gewinnbringend zu veräußern.

Hier sollte etwas unternommen werden, meinen die Sozialdemokraten in Hasenkrug.

Aus dem Rathaus

Hardebek

Nach innerfraktionellen Meinungsverschiedenheiten in der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG), ist sie im Gemeinderat zur Zeit nur noch mit den Mitgliedern Gerhard Olthoff und Bernt Eisner vertreten. Festzustellen ist dabei, daß das nachgerückte Mitglied G. Olthoff sich mittlerweile voll in seine Aufgaben hineinversetzt hat. Er hat u.a. bei der Prüfung der Jahresabrechnung mitgewirkt.

Schwierigkeiten scheint die UWG mit der Besetzung des dritten -ihr zustehenden- Platzes im Gemeinderat zu haben. Der Fraktionssprecher der UWG, Bernt Eisner, sagte dazu: Politische Interessengruppen, die nicht das straffe Organisationsschema der Parteien haben, sind noch stärker auf die Aktivitäten ihrer Mitglieder angewiesen. Damit haben sie es naturgemäß schwerer, jemanden in die Verantwortung zu nehmen. Außerdem gehen die Ansichten stärker auseinander, so daß seltener volle Übereinstimmung zu erzielen ist. Besonders gut sichtbar wird dies zur Zeit an der Interessengruppe der Grünen, die in etwa vergleichbarer Situation sind.

Trotzdem hoffe ich, sagt Bernt Eisner, "daß es zur nächsten Kommunalwahl in Hardebek wieder eine Alternative zur CDU gibt: mag sie UWG oder S P D heißen."

In einem Satz Hasenkrug

Lampen jetzt ok

Es wird k e i n Nachtwächter gebraucht

Als einen Erfolg können es die Hasenkruger Sozialdemokraten für sich verbuchen, daß die Straßenbeleuchtungsanlage jetzt wieder automatisch schaltet.

Auf einer Gemeinderatssitzung monierte der Stützpunktleiter der S P D Holger Wöhlke die unregelmäßigen Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung. Zeitweise gingen sie abends nicht an oder sie brannten schon vom Nachmittag an. Eine von der Gemeinde in Auftrag gegebene Instandsetzung brachte endlich dieses Ärgernis aus der Welt.

Es mußten ein Dämmerungsschalter und weitere elektrische Einrichtungen überprüft und verlegt werden. Die gesamte Anlage ist derzeit bei Friedrich Gripp (Gaststätte "Zur Eiche") untergebracht.

Zu überlegen wäre, ob nicht in der Sommerzeit (Monate Juni, Juli, August) die ganze Anlage abgeschaltet wird.

Eine "runde Sache" hätte man machen können, wenn die Lampen im "Jetkamp" derzeit noch nicht brennen würden.

Für wen auch: Es wohnt dort niemand



Kindervogelschießen in Hardebek

Das diesjährige Kindervogelschießen fand am Freitag, dem 4. Juli (Spiele), und am Samstag, dem 5. Juli (Festzug und Tanz), statt.

Nach einem Fahrradkorso mit Prämierung der schönsten - dabei aber auch verkehrssicheren - Fahrräder, wurde in drei Altersgruppen bei Mädchen und Jungen der Schützenkönig ermittelt. Gelegentlich mußte bei aller Geschicklichkeit der Sieger das Glück mit helfen, damit ein Gewinner festgestellt werden konnte.

Hoffen wir, daß es im kommenden Jahr wieder mehrere unterschiedliche Spiele für die beteiligten Kinder gibt, damit sportliche Betätigung und zu gewinnende Preise in ein richtiges Verhältnis gesetzt werden.

Neben dem vom Gemeinderat getragenen offiziellen Teil des Vogelschießens wurde wieder von einigen Frauen des Dorfes mit Erfolg versucht, mit Spielen für die Kleinsten, aber auch mit Kaffee und Kuchen für die Zuschauer, mehr Hardebeker in dieses Sommerfest unseres Dorfes einzubeziehen.

Bernt Eißner

Schon gewußt? ... Schon gewußt? ... Schon gewußt

Hilfe für den kleinen Mann

Ein neues Gesetz über die Prozeßkostenhilfe

Recht haben und sein Recht auch bekommen sind zwei verschiedene Dinge. Für den kleinen Mann ist es eine Binsenweisheit; denn wer kein Geld hat, traut sich oft nicht, sein Recht vor Gericht durchzusetzen. Die Kosten sind einfach zu hoch. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, gibt es schon seit dem vorigen Jahrhundert das Armenrecht. Für die Ärmsten übernimmt der Staat die Prozeßkosten.

Dieses alte Armenrecht hat Bundesjustizminister Vogel jetzt reformiert. Die Angst vor den Prozeßkosten drückt nämlich nicht nur die Ärmsten, sondern hält auch Bezieher mittlerer Einkommen davon ab, Recht vor Gericht zu erstreiten. Das neue Gesetz über die Prozeßkostenhilfe schafft den alten Begriff des Armenrechts ab und erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten. Wenn heute z. B. ein Familienvater mit Ehefrau und zwei Kindern 1.850,- DM netto hat, so übernimmt der Staat die Kosten der Prozeßführung. Wenn er mehr verdient, muß er sich beteiligen und erst ab 3.400,- DM Nettoeinkommen steuert der Staat nichts mehr bei.

In seiner Regierungserklärung 1976 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt gesagt: „Jeder Mensch soll bei der Durchsetzung seiner Rechte möglichst gleiche Chancen haben.“

Deshalb streben wir ... eine Neuregelung des Armenrechts an.“ Nachdem der Bundestag verabschiedeten Gesetz zugestimmt hat, kann dieses Versprechen eingehalten werden. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.



Impressum:

Extraseite für Hasenkrug und Hardebek ist eine Zeitung des S P D - Stützpunktes in beiden Orten.
Redaktion: Holger Wöhlke (verantwortlich)
Helmut Gudat, Söhnke Fölster.
Redaktionsanschrift: Dorfstr. 5, 2351 Hasenkrug, Tel. 04324/1300

Am Stammtisch